

Streng vertraulich

Bern, den 17. September 1971

Churchill-Feier, Zürich, 16./17. September 1971

Integrationsgespräche mit Premier-Minister Heath, Staatssekretär
von Braun und Generaldirektor Guazzaroni

1. Heath

H. erkundigt sich über den Stand unserer Besprechungen mit den EG. Er zeigt sich vor allem besorgt über das Vorgehen der Schweden. Er habe auf einem kürzlichen Transatlantikflug eine längere Unterhaltung mit Premier-Minister Palme geführt. Sowohl Palme als auch Wickman visieren die Vollmitgliedschaft an, erachten sich jedoch aus neutralitätspolitischen Gründen vorderhand dazu ausserstande. Die maximalistische Konzeption Schwedens berge die Gefahr einer Verzögerung des gesamten Verfahrens in sich. H. erkundigt sich, ob es der Schweiz nicht möglich wäre, ihren mässigenden Einfluss geltend zu machen. Die Vorstellungen der britischen Regierung fänden in Stockholm kein Gehör.

Ich erwidere H., dass wir unsere Konzeption anlässlich zahlreicher Beamtentagungen den Schweden einlässlich erläutert hätten. Es liege jedoch nun an den "Sechs", möglichst rasch eine eindeutige Stellung zu den schwedischen Vorschlägen zu beziehen. Dies könnte die Situation klären.

Frage H's: Kann davon ausgegangen werden, dass Oesterreich und Finnland die schweizerische Konzeption teilen? Ich bestätige dies.

Frage an H.: Wann werden die Beitrittskandidaten über die Regelung mit den Neutralen konsultiert werden? H. glaubt, dies könnte schon anlässlich der Ministertagung vom Monat Oktober geschehen, da in den Beitrittsverhandlungen nur noch ein einziger substantieller Punkt zu bereinigen sei, die Fischerei-Frage, und Grossbritannien diesbezüglich den Norwegern den Vortritt lassen wolle.

- 2 -

Nach seiner Aussprache mit Aussenminister Schumann teilt mir H. mit, dieser habe die Gespräche in Bern als nützlich erachtet. Er habe die Hoffnung ausgesprochen, dass die Schweiz, die sämtliche Probleme offenbar gründlich durchdacht habe, die führende Rolle übernehmen werde, um die Konzeption eines Abkommens für die Neutralen zu entwickeln.

Ich erkläre mich meinerseits für eine Kontaktnahme mit Rippon oder Con O'Neil bereit, sobald die britische Regierung das Bedürfnis empfinde, über die Einzelheiten unserer Vorstellungen direkt orientiert zu werden. Im übrigen sei unsere Botschaft in London weitestgehend in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen.

H. zeigte sich betont wohlwollend und interessiert.

2. Von Braun

Von Braun bedauert, dass die Arbeiten der Stellvertreter in Brüssel nicht genügend fortgeschritten sind, um eine Fortsetzung der Diskussion im Ministerrat über das Problem der Nichtbeitritts-Kandidaten am 20./21. September zu erlauben. Die Bundesrepublik werde sich jedoch energisch dafür einsetzen, dass die Arbeiten beschleunigt werden, damit am 18. Oktober ein Verhandlungsmandat beschlossen werden kann.

v.B. gibt mir Einblick in den letzten Bericht der deutschen Vertretung in Brüssel. Das Telegramm datiert vom 15. September. Es betrifft die Beratungen des Ausschusses der Stellvertreter der ständigen Vertreter. Wegen der unschlüssigen und wenig zielstrebigen Haltung des italienischen Vorsitzenden kämen die Arbeiten nicht vom Fleck.

Bisheriger Stand der Beratungen:

a) Ursprungsregeln

Die Kommission, Frankreich und Belgien erachten das Prinzip des kumulativen Ursprungs als administrativ zu schwierig. Die deutsche Vertretung setze sich jedoch weiterhin dafür

ein. Ich teile v.B. mit, dass hier ein grosses wirtschaftliches Interesse nicht nur der Schweiz, sondern auch der Unternehmungen der Bundesrepublik vorliege, und man unbedingt eine nähere technische Prüfung veranlassen müsse. Die Schwierigkeiten würden sich dann als weitgehend illusorisch erweisen. Wir wären bereit, die Beweisführung anzutreten, sobald man uns dafür Gelegenheit bietet. v.B. notiert sich diesen Punkt.

b) Wettbewerbsregeln

Der Bericht ist unverständlich. Deutschland habe eine strikte Haltung eingenommen; Frankreich dagegen habe erklärt, man könne von den Nichtbeitritts-Kandidaten keine strengere Disziplin verlangen, als die EG-Staaten unter sich auf sich nehmen.

c) Schutzklauseln

Es scheint eine Verwirrung zu herrschen zwischen der Funktion spezifischer Schutzklauseln und einer allgemeinen Schutzklausel. Die deutsche Vertretung habe sich für eine allgemeine Klausel eingesetzt. Ich plädiere demgegenüber für eine Schutzklausel, deren Handhabung an bestimmte Wettbewerbsgrundsätze und eindeutige Kriterien geknüpft wäre.

d) Landwirtschaft

Italien und vor allem Holland insistieren auf landwirtschaftlichen Zugeständnissen der Nichtbeitritts-Kandidaten bezüglich Zollpräferenzen, Kontingenterhöhungen und veterinär- und gesundheitspolizeilicher Massnahmen. Die Kommission habe demgegenüber erklärt, es sei undenkbar, von den Nichtbeitritts-Kandidaten einseitige Zugeständnisse zu verlangen, ohne ihnen auf dem Landwirtschaftssektor Gegenleistungen zu erbringen. Italien und Holland sind mit dieser Auffassung einverstanden. Frankreich plädiert für ein "globales Gleichgewicht". Belgien hat noch keine Stellung bezogen und die deutsche Vertretung hat angeregt, in die Abkommen eine Absichtserklärung über die Förderung des gegenseitigen Agrarhandels aufzunehmen.

Diskutiert wurde ferner das künftige Schicksal der bilateralen EFTA-Vereinbarungen. Ohne "volet agricole" würden diese für die Beitrittskandidaten hinfällig.

Ich habe von Braun unsere gegenüber den Franzosen eingenommene Haltung erläutert.

Der Bericht aus Brüssel enthält keine Angaben, wonach Ausnahmebegehren auf dem Industriesektor oder die Frage der Entwicklungsfähigkeit und der institutionellen Ausgestaltung der Abkommen besprochen worden wären. Ich erläutere v.B. unsere Stellungnahme in diesen Punkten; insbesondere unterstreiche ich den Wunsch der Schweiz, dass die Entwicklungsfähigkeit des Basisabkommens nicht nur in der Präambel erwähnt, sondern auch in der Umschreibung der Funktionen der gemischten Kommission zum Ausdruck gebracht werde. Ferner wäre ein spezifischer Artikel des Abkommens der Zusammenarbeit auf nicht-handelspolitischem Gebiet zu widmen. V.B. versichert mich der Aufgeschlossenheit Bonns in diesen Fragen - doch sei der Widerstand der übrigen Partner zu überwinden.

Zum Schluss ersuche ich ihn, die Deutsche Botschaft in Bern zu ermächtigen, uns künftige Berichte dieser Art zu zeigen, damit wir unsere Auffassung zu den einzelnen Diskussionspunkten bekanntgeben können. Von Braun ist damit einverstanden, und wir nehmen ein Beamtentreffen in Bonn zu einem späteren, noch zu vereinbarenden Zeitpunkt in Aussicht.

3. Guazzaroni est bien informé des problèmes que pose l'établissement de liens particuliers entre les Communautés et la Suisse. Il laisse cependant entrevoir que les positions italiennes ne sont pas encore déterminées de manière précise. Il estime qu'un mandat pourrait être donné à la réunion du Conseil des ministres du 18 octobre. Ce mandat devrait être rédigé en termes très généraux, de façon que la négociation puisse rester encore largement ouverte. (Il admet que la participation d'observateurs

des Etats membres aux négociations devrait faciliter l'adoption d'un mandat de caractère général). Des contacts au niveau technique pourraient avoir lieu à Rome dès l'adoption du mandat. S'il apparaissait que celui-ci devait être très détaillé, G. nous en informerait en nous suggérant une rencontre avant la prochaine réunion du Conseil des ministres des Communautés (18 octobre).

La conversation avec G., conduite dans une atmosphère amicale et positive porte sur une série de points particuliers.

a. Industrie

G. est au courant des demandes de solution spéciale de certains Etats membres. L'Italie n'a aucune demande de cet ordre dans ses relations avec la Suisse.

Les règles de l'origine inspirent des inquiétudes aux milieux italiens intéressés et notamment aux techniciens. Ils ont en particulier des objections à l'égard du principe cumulatif. G. est de l'avis qu'une meilleure connaissance des expériences faites dans l'AELE pourrait être utile pour les experts italiens. En ce qui concerne les règles de concurrence, G. se déclare d'accord avec les trois considérations suivantes:

- Il y a lieu d'éviter un double système juridique pour les Communautés.
- Les règles doivent permettre de réduire ou d'éliminer le caractère arbitraire du recours à la clause de sauvegarde.
- Ces règles - qui seraient en réalité des principes - pourraient constituer un objectif agréé d'harmonisation.

b. Agriculture

C'est pour des raisons politiques (présentation à l'opinion publique) que l'Italie souhaite qu'un volet agricole soit inséré dans les accords avec les non-candidats. Ce volet devrait comporter des concessions réciproques. En ce qui concerne les intérêts italiens, ils portent sur les fruits et légumes et le vin. L'Italie qui-du fait des accords des Communautés avec des pays méditerranéens-

doit faire face à une concurrence grandissante, désire obtenir de nouveaux débouchés dans les Communautés élargies. G. admet cependant que l'existence d'un volet agricole serait en soi plus important que le contenu de l'accord.

c. Caractère évolutif de l'accord

L'Italie appuie le principe d'un caractère évolutif. G. comprend que l'inclusion de dispositions à cet effet dans l'accord est aussi importante pour notre opinion publique que l'inclusion d'un volet agricole pour l'opinion publique italienne. En plus d'une déclaration d'intention, nous souhaiterions que des compétences soient prévues pour la commission mixte. Toutefois, si la notion de compétences propres données à la commission mixte devait se heurter à des résistances, fondées notamment sur le partage des responsabilités au sein des Communautés, il suffirait peut-être de préciser que la commission mixte aura pour tâche de faire des propositions, selon les besoins, quant à l'organisation de la coopération entre les Communautés et la Suisse. G. trouve cette idée constructive et la gardera à l'esprit.

d. Accord multilatéral ou bilatéral
Mémorandum suédois

Dans l'intention de connaître la réaction de G. sur le mémorandum suédois, il lui a été demandé du côté suisse si ce mémorandum amènerait les Communautés à prévoir des solutions différenciées selon les non-candidats. A cela G. a répondu qu'il pourrait y avoir pour les pays non-candidats un accord-cadre incluant le libre-échange industriel et sans doute aussi les règles de concurrence. Cet accord-cadre serait multilatéral. A cet accord-cadre viendraient s'ajouter des accords bilatéraux portant sur les autres points que les Communautés et chacun des Etats non-candidats pourraient souhaiter régler. Il résulte de la réponse de G. que, pour le moment tout au moins, la position des Communautés ne sera pas modifiée par le mémorandum suédois.

G. se déclare satisfait de cet entretien qui lui permettra d'orienter d'une façon plus précise les travaux préparatoires de son administration.